

Kommunale Handlungsfelder in der Corona-Krise

Die Krise hat unser Verhalten substantiell geändert; die Menschen bleiben zu Hause und bewegen sich nur in ihrem Umfeld. Die langsame Öffnung erfordert Unterstützung in vielen Bereichen. Bündnis 90/DIE GRÜNEN haben in der letzten Ortsverbandssitzung die Sicherheit und den Gesundheitsschutz, auch über die Ansteckungsgefahr hinaus, diskutiert und schlagen ein Bündel von Maßnahmen für besonders verletzte Gruppen.

Bündnis 90/DIE GRÜNEN fordern die folgenden Maßnahmen, sofern sie nicht schon durch die Verwaltung in die Wege geleitet wurden, oder von entsprechenden vorgesetzten Behörden angeordnet wurden.

1. eine provisorische Umverteilung des öffentlichen Raumes

Kinder und Jugendliche sollen statt den Schulbus zu nehmen lieber mit dem Rad fahren. Auch Berufspendler nehmen lieber das Rad. Alle Altersgruppen brauchen Bewegung. Sie sind unterwegs - zu Fuß und mit dem Fahrrad. Wir regen an

- die kurzfristige Einrichtung von sogenannten Pop up Radwegen,
- "Freiraum" zu schaffen: kurzfristig Straßen für Verkehr zu sperren und Spielstraßen daraus zu machen, um den öffentlichen Raum für die Bewegungsfreiheit von Kindern zu vergrößern,
- die Begrenzung der Höchstgeschwindigkeit auf 30 km/h innerorts.

Pop up Radwege sollen eingerichtet werden, so wie Berlin das vorgemacht hat; und zwar überall dort, wo ein Bedarf entsteht. Für den notwendigen Sicherheitsabstand sollte ein Radweg mindestens 2,5 Meter breit sein. Fuß- und Radwege sollten getrennt werden. Radfahrstreifen sind grundsätzlich mit gelben Streifen markiert und mit Warnbaken gesichert.

Einzelne Stellplätze für Autos sollen provisorisch für Fahrräderstellplätze umgestaltet werden.

Unterstützend soll das Ordnungsamt das Zuparken von Fahrradstraßen ahnden und bestehende Ausnahmen zum Parken im Bereich von Fuß- und Radwegen überprüfen und zurücknehmen.

Unsere ersten Vorschläge für Pop-up Radwege:

- Ring: Konrad-Adenauer Ring, Hansa-Allee, Kardinal Galen-Ring-Salzbergener Straße
- Neuenkirchener Straße
- Bonifatiusstraße

Vor allem die Schulwege sollten berücksichtigt werden zum Beispiel in Dutum, Dorenkamp:

- Rund um das Emsland-Gymnasium werden die Felsenstraße, die Ludwig-Dürr-Straße, die Bühnertstraße sowie die Breite Straße samt Mittelstraße viel genutzt, um zur Schule zu kommen.
- Um die Edith-Stein-Schule ist es ebenfalls die Bühnertstraße samt Staelskottenweg, die häufig befahren werden.
- An der Kardinal-von-Galen-Schule sind es Felsenstraße, Ludwig-Dürr-Straße und Breite Straße, die als viel befahrene Straßen auf dem Schulweg liegen.
- Für die Michaelschule liegen die Dutumer Straße, die Zeppelinstraße sowie die Frankenburgstraße und Sutrumer Straße auf dem Schulweg vieler Kinder.

Die Spielplätze sollen jetzt geöffnet werden, doch wir brauchen mehr Platz für spielende und tobende Kinder, die Abstand halten sollen: Bobbycar, Roller- und Radfahren, Seilspringen, Ballspielen und Malen mit Keide. usw brauchen sicheren Raum. Unsere ersten Vorschläge für kurzfristig für den Verkehr gesperrte Straßen:

- Wieteschstraße, Abschnitte Paul-Gerhard-Schule und Elsa Brändström-Schule
- Unlandstraße, Abschnitt Gertrudenschule und Caritas Kinderheim
- Am Sternbusch
- Nadigstraße
- Rabinstraße
- Salzweg

2. Bildungsgerechtigkeit zu fördern und Schulen unterstützen:

Schülerinnen und Schüler werden auf unbestimmte Zeit nur beschränkten Zugang zu den Schulen haben. Die Schulen müssen neue Konzepte für Unterricht vor Ort und virtuell entwickeln. Wir wollen beide unterstützen und fordern:

1. Die Koordination eines verbindlichen Hygienekonzeptes für die Schulen (beispielsweise Umgang mit Sicherheitsabständen, Masken, Krankmeldungen und Quarantäneregelungen durch die Stadtverwaltung), auch durch die Erstellung von Kommunikationsmaterial für Eltern und Schüler*innen
2. Eine kurzfristige Ausstattung der Schulen mit digitaler Infrastruktur und vor allem mit Endgeräten (z.B. Tablets) für Schüler*innen, wenn Bedarf durch die Schulen gemeldet wird (unter Bezugnahme von Fördergeldern der Landesregierung)
3. Die unbürokratische Unterstützung für Schüler*innen, die Anspruch auf Leistungen für Bildung und Teilhabe haben, zur Einrichtung von Infrastruktur für „Schule zu Hause“ (auch ggf. Inanspruchnahme von Bildungsgutscheinen)
4. Eine Online Betreuung - der Bildungshintergrund der Kinder in Rheine ist sehr heterogen. Deshalb bitten wir die Schulverwaltung gemeinsam mit der unteren

Schulaufsicht zu prüfen, ob bestimmte Kinder digital unter Anleitung unterrichtet und auch ggf. sozialpädagogisch betreut werden müssen. Dieses soll in Absprache mit dem zugewiesenen Förderort erfolgen.

5. Die Prüfung einer Unterstützung von Lehrer*innen erstens durch spezifische Weiterbildungsangebote beispielsweise durch die VHS oder Familienbildungsstätte und zweitens durch die Schaffung zusätzlicher Betreuungskapazitäten von Kindern in den Schulen.

3. Komm-strukturen aufzubauen:

Wir bitten Institutionen und Unternehmen, Hilfe bei häuslicher Gewalt bekannt zu machen: Zum Beispiel durch das Aufhängen von Plakaten vom Hilfefon (<https://www.hilfefon.de/materialien.html>). Wir brauchen Hinweise dort, wo Kinder, Jugendliche, Frauen und Männer auch bei der Kontaktsperre und weiterhin noch regelmäßig hinkommen (Busse, Wohnungsgesellschaften/ Vermieter/ Hausverwaltungen in Wohnblocks, Banken und Sparkassen bei Geldautomaten, Geschäfte, insbesondere Lebensmittel-Märkte).

Wir bitten die Stadt Rheine dafür ein Informationspaket und Material zur Verfügung zu stellen und gemeinsam mit den Anlaufstellen eine Kampagne dazu zu starten.

4. Heimbewohner im Blick zu behalten und pflegende Angehörige zu unterstützen

Die schwierige Situation in vielen Heimen ist bekannt, Die Senior*innen und ihre Familien leiden unter den Beschränkungen. Die Leitungen und Mitarbeiter*innen stehen vor ganz besonderen Herausforderungen.

Auch in Krisenzeiten muss die Heimaufsicht gewährleistet sein.

Über 75% aller Pflege findet im häuslichen Bereich statt. Wir hören, dass Pflegekräfte aus dem Ausland fehlen, Tagespflege findet oftmals nicht mehr statt.

Wir brauchen jetzt schnell ein kommunales Konzept, dass Unterstützung und Entlastung durch ein Notfall-Team auch in der Krise bietet, beim Infektionsschutz hilft und bei Armutsgefährdung niedrigschwellig Hilfestellung leistet.